

**No. 32535**

---

**GERMANY  
and  
POLAND**

**Agreement concerning the German-Polish youth organization. Signed at Bonn on 17 June 1991**

*Authentic texts: German and Polish.*

*Registered by Germany on 8 February 1996.*

---

**ALLEMAGNE  
et  
POLOGNE**

**Accord relatif à l'organisme germano-polonais pour la jeunesse. Signé à Bonn le 17 juin 1991**

*Textes authentiques : allemand et polonais.*

*Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN ÜBER DAS DEUTSCH-POLNISCHE JUGENDWERK

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Regierung der Republik Polen –

auf der Grundlage des Abkommens vom 10. November 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Jugendaustausch,

in Durchführung des Vertrags vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die beiden Regierungen errichten das „Deutsch-Polnische Jugendwerk“, im folgenden „Jugendwerk“ genannt.

(2) Das Jugendwerk besitzt die Rechtspersönlichkeit einer internationalen Organisation. Es verfolgt keinen Erwerbszweck.

(3) Das Jugendwerk hat seinen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen. Die Festlegung der Orte bleibt einer gesonderten Vereinbarung durch Notenwechsel vorbehalten.

**Artikel 2**

(1) Das Jugendwerk hat die Aufgabe, das gegenseitige Kennenlernen, das gegenseitige Verstehen und das enge Zusammenwirken der Jugend Deutschlands und Polens in jeder Weise zu fördern. Es hat zur Erfüllung dieser Aufgabe die Jugendbegegnung und den Jugendaustausch anzuregen und durch Bereitstellung von Mitteln sowie durch Information und Beratung zu unterstützen. Das Jugendwerk verfolgt dabei die Ziele des Abkommens vom 10. November 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Jugendaustausch. Es fördert alle Arten und Formen der

Begegnung und des Austauschs sowie die fachliche Zusammenarbeit gemäß Artikel 3 des genannten Abkommens.

(2) Das Jugendwerk unterstützt private und öffentliche Träger der Jugendbegegnung, des außerschulischen Jugendaustauschs und des Schüleraustauschs.

(3) Das Jugendwerk kann selbst Maßnahmen durchführen, wenn der angestrebte Zweck durch private und öffentliche Träger nicht erreicht werden kann.

(4) Das Jugendwerk kann die Durchführung von Maßnahmen übernehmen, die ihm von öffentlichen oder privaten Stellen vorgeschlagen werden, wenn die Maßnahmen seiner Aufgabe gemäß und von gemeinsamem Interesse sind und die vorschlagende Stelle die Finanzierung sicherstellt.

(5) Das Jugendwerk kann auch Programme fördern, an denen Jugendliche aus dritten Staaten teilnehmen. Es kann mit anderen europäischen Organisationen und Institutionen der Jugendbegegnung und des Jugendaustauschs zusammenarbeiten.

### Artikel 3

Organe des Jugendwerks sind der Rat und die Geschäftsführung.

### Artikel 4

(1) Der Rat ist das oberste Organ des Jugendwerks. Er besteht aus den beiden gleichberechtigten Vorsitzenden und je elf deutschen und polnischen Vertretern der staatlichen und kommunalen Stellen sowie der Organisationen und Institutionen, die an Jugendbegegnung, außerschulischem Jugendaustausch und am Schüleraustausch beteiligt oder interessiert sind. Je sechs Vertreter werden aus dem nichtstaatlichen und nichtkommunalen Bereich berufen.

(2) Die deutschen Mitglieder des Rates werden von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die polnischen Mitglieder werden von der Regierung der Republik Polen ernannt. Für jedes Mitglied wird ein Stellvertreter ernannt.

(3) Die Amtsperiode der Mitglieder des Rates und ihrer Stellvertreter beträgt drei Jahre. Scheidet ein Mitglied oder Stellvertreter vor Beendigung der Amtszeit aus, so wird ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit ernannt.

(4) Die Mitglieder des Rates oder ihre Stellvertreter erhalten Erstattung der Reisekosten (Kosten der Fahrt und des Aufenthalts) sowie der Auslagen, die ihnen aus Aufträgen des Rates entstehen.

### Artikel 5

Der Rat steht unter dem gemeinsamen Vorsitz des für Jugendfragen zuständigen Bundesministers der Bundesrepublik Deutschland und des für Jugendfragen zuständigen Leiters der entsprechenden Regierungsstelle der Republik Polen oder deren Vertreter. Sie sind stimmberechtigt wie die übrigen Mitglieder.

### Artikel 6

(1) Der Rat tritt mindestens einmal jährlich abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen zusammen. In der Regel tagt der Rat am Sitz des Jugendwerks.

(2) Der Rat ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder oder der stellvertretenden Mitglieder des Rates anwesend sind. Stellvertretende Mitglieder nehmen nur bei Verhinderung der entsprechenden Mitglieder des Rates teil.

(3) Der Rat faßt Beschlüsse in der Regel im Konsens. Jedes Mitglied des Rates kann jedoch eine Abstimmung herbeiführen. Der Rat beschließt dann mit Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Bei finanzwirksamen Beschlüssen ist eine Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Rates auf jeder Seite erforderlich.

(4) Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

### Artikel 7

Der Rat wird zur Erfüllung der in Artikel 2 genannten Aufgabe tätig. Zu seinen Zuständigkeiten und Aufgaben gehört es insbesondere,

- das jährliche Programm des Jugendwerks zu beschließen,
- die Leitlinien für die Ausführung des Programms einschließlich der Förderungsrichtlinien zu beschließen,
- den jährlichen Haushaltsplan zu beschließen,
- den Jahresbericht der Geschäftsführung zu billigen,
- nach Prüfung des Rechnungsprüfungsberichts und der Stellungnahme der beiden Geschäftsführer diesen Entlastung hinsichtlich der Ausführung des Haushaltsplans zu erteilen.

### Artikel 8

(1) Die Geschäftsführung besteht aus dem Ersten Geschäftsführer und dem Zweiten Geschäftsführer. Die Geschäftsführer müssen deutsche oder polnische Staatsangehörige sein, dürfen aber nicht dieselbe Staatsangehörigkeit besitzen. Beide werden

nach Anhörung des Rates einvernehmlich durch die beiden Regierungen ernannt. Die Dauer der Amtszeit beträgt fünf Jahre. Scheidet ein Geschäftsführer vor Beendigung der Amtszeit aus, so wird ein Nachfolger für den Rest der Amtszeit ernannt.

(2) Nach Beendigung der Amtszeit des Ersten Geschäftsführers wird als Nachfolger ein Angehöriger des anderen Staates ernannt. Das gleiche gilt für den Zweiten Geschäftsführer.

(3) Grundsätzlich vertreten die beiden Geschäftsführer das Jugendwerk gemeinsam. Die Fälle, in denen jeder der beiden Geschäftsführer das Jugendwerk allein vertritt, werden vom Rat festgelegt.

(4) Die beiden Geschäftsführer sind verantwortlich für die laufenden Geschäfte des Jugendwerks. Sie bereiten die Sitzungen des Rates vor, erstatten ihm Bericht, legen ihm den Entwurf des Haushaltsplans vor, führen die Beschlüsse des Rates durch und überprüfen die Verwendung der den öffentlichen und privaten Trägern gewährten Mittel. Der Erste und der Zweite Geschäftsführer halten ständigen Kontakt mit den beiden Ratsvorsitzenden.

(5) Im Fall der Verhinderung eines der beiden Geschäftsführer wird das Jugendwerk von dem anderen Geschäftsführer vertreten.

(6) Der Erste und der Zweite Geschäftsführer nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Rates teil.

#### Artikel 9

(1) Der Erste und der Zweite Geschäftsführer stellen gemeinsam das Personal des Jugendwerks ein. Sie sorgen dafür, daß der Anteil der deutschen und der polnischen Mitarbeiter an den beiden Orten des Sitzes ausgewogen ist.

(2) Der Erste und der Zweite Geschäftsführer sind Vorgesetzte des Personals.

(3) Die Rechte und Pflichten des Personals richten sich nach dem Personalstatut, das von den beiden Regierungen einvernehmlich festgelegt wird.

(4) Das deutsche oder das polnische Personal des Jugendwerks, das am Sitzort des Jugendwerks im jeweils anderen Staat tätig ist, erhält Aufenthaltserlaubnis in diesem Staat. Das gleiche gilt für die Angehörigen des Personals (Ehegatten, Kinder).

(5) Das deutsche oder das polnische Personal des Jugendwerks, das am Sitzort des Jugendwerks im jeweils anderen Staat tätig ist, erhält Arbeitserlaubnis in diesem Staat.

(6) Die Absätze 4 und 5 finden auch auf die beiden Geschäftsführer Anwendung.

### Artikel 10

Auf das Jugendwerk finden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Republik Polen folgende Bestimmungen des Abkommens vom 21. November 1947 über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen Anwendung:

- a) Artikel III § 7 über den uneingeschränkten Besitz und Transfer von finanziellen Mitteln und das uneingeschränkte Umtauschrecht von Devisen;
- b) Artikel III § 9 über Steuerbefreiung, die Befreiung von Zöllen sowie die Befreiung von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen.

### Artikel 11

(1) Das Jugendwerk verfügt über einen Fonds. Ihm werden nach Maßgabe der in jedem Staat geltenden Haushaltsvorschriften jährlich die für die Tätigkeit des Jugendwerks erforderlichen Mittel zu gleichen Teilen von der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Verfügung gestellt, nachdem beide Regierungen den vom Rat erstellten Haushalt geprüft haben. Dem Fonds fließen ferner die von dritter Stelle geleisteten Zahlungen zu, insbesondere private Zuwendungen und Entgelte für erbrachte Leistungen des Jugendwerks.

(2) Das Jugendwerk bestreitet aus diesem Fonds sämtliche Ausgaben, die ihm im Rahmen der Erfüllung seiner Aufgaben erwachsen und die zur Bestreitung der Kosten für sein Personal und seine Verwaltung nötig sind.

(3) Die Ausgaben des Jugendwerks sind nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit zu leisten. Die Ausgaben für Personal und Verwaltung sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(4) Beide Regierungen legen einvernehmlich eine Finanzordnung fest.

(5) Die Kontrolle der Mittelverwendung erfolgt durch Rechnungsprüfer, die vom Rat auf Vorschlag des deutschen Bundesrechnungshofes und des polnischen Finanzkontrollorgans bestellt werden.

(6) Die Rechnungsprüfer legen jährlich einen gemeinsamen Bericht vor. Er wird von den beiden Geschäftsführern mit einer gemeinsamen Stellungnahme versehen und dem Rat vorgelegt.

### Artikel 12

Die Artikel 4, 5 und 6 Absatz 2 des Abkommens vom 10. November 1989 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Jugendaustausch werden aufgehoben. Ebenfalls aufgehoben wird der Notenwechsel vom 10. November 1989 zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen, der Bestandteil des genannten Abkommens ist.

### Artikel 13

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald beide Regierungen einander notifiziert haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens des Abkommens wird der Tag des Eingangs der letzten Notifikation angesehen.

### Artikel 14

Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es durch Notifikation kündigen. In diesem Fall tritt es nach Ablauf von sechs Monaten vom Tag der Kündigung außer Kraft.

Geschehen zu Bonn am 17. Juni 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland:

HANS-DIETRICH GENSCHER  
ANGELA MERKEL

Für die Regierung  
der Republik Polen:

KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI  
ANNA POPOWICZ

---

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

## UMOWA MIĘDZY RZĄDEM REPUBLIKI FEDERALNEJ NIEMIEC A RZĄDEM RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ O NIEMIECKO- POLSKIEJ WSPÓLPRACY MŁODZIEŻY

Rząd Republiki Federalnej Niemiec

i

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej —

na podstawie Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o wymianie młodzieży z dnia 10 listopada 1989 roku,

w wykonaniu Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy z dnia 17 czerwca 1991 roku,

uzgodniły co następuje:

### Artykuł 1

(1) Oba Rządy tworzą Organizację "Niemiecko-Polska Współpraca Młodzieżowa" dalej "Organizacją".

(2) Organizacja posiada osobowość prawną organizacji międzynarodowej. Działalność Organizacji nie służy celom dochodowym.

(3) Organizacja posiada swoją siedzibę w Republice Federalnej Niemiec i w Rzeczypospolitej Polskiej. Ustalenie miejsc nastąpi w drodze uzupełniającej wymiany not.

### Artykuł 2

(1) Zadaniem Organizacji jest wspieranie wszelkimi sposobami wzajemnego poznania i zrozumienia oraz ścisłej współpracy młodzieży Niemiec i Polski. W celu wypełnienia tego zadania Organizacja winna inicjować spotkania i wymianę młodzieży oraz wspierać ją poprzez udostępnianie środków i prowadzenie działalności informacyjnej i doradczej. Organizacja realizuje tym samym cele Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o wymianie młodzieży z dnia 10 listopada 1989 roku. Organizacja popiera wszystkie rodzaje i formy spotkań i wymiany, jak również współpracę specjalistów zgodnie z artykułem 3 wymienionej Umowy.



(2) Organizacja wspiera prywatne i publiczne podmioty spotkań młodzieży, pozaszkolnej wymiany młodzieży oraz wymiany uczniów.

(3) Organizacja może podejmować własne przedsięwzięcia, których zamierzony cel nie może być osiągnięty przez podmioty prywatne i publiczne.

(4) Organizacja może realizować przedsięwzięcia zaproponowane przez podmioty prywatne lub publiczne, jeżeli są one zgodne z jej zadaniami i odpowiadają wspólnym interesom, a wnioskodawca zapewni ich finansowanie.

(5) Organizacja może również popierać programy z udziałem młodzieży z państw trzecich. Może ona współpracować z innymi europejskimi organizacjami i instytucjami zajmującymi się spotkaniami i wymianą młodzieży.

### Artykuł 3

Organami Organizacji są Rada oraz Zarząd.

### Artykuł 4

(1) Najwyższym organem Organizacji jest Rada. Składa się ona z dwóch równoprawnych Przewodniczących oraz z jedenastu niemieckich i jedenastu polskich przedstawicieli organów państwowych i komunalnych oraz organizacji i instytucji, które biorą udział lub są zainteresowane spotkaniami młodzieży, pozaszkolną wymianą młodzieży oraz wymianą uczniów. Po sześciu przedstawicieli jest powoływanych ze sfery niepaństwowej i niekomunalnej.

(2) Niemieccy członkowie Rady są powoływani przez Rząd Republiki Federalnej Niemiec, a polscy członkowie przez Rząd Rzeczypospolitej Polskiej. Dla każdego z członków Rady jest powoływany zastępca.

(3) Kadencja członków Rady i ich zastępców wynosi trzy lata. Jeżeli członek Rady lub zastępca przestaje sprawować swoją funkcję przed upływem kadencji, to na pozostałą część kadencji jest powoływany następcą.

(4) Członkowie Rady albo ich zastępcy otrzymują zwrot kosztów podróży (kosztów przejazdu i pobytu) oraz wydatków powstałych w wyniku realizacji zleceń Rady.

### Artykuł 5

Radzie będą wspólnie przewodniczyć Federalny Minister w Radzie Republiki Federalnej Niemiec właściwy dla spraw młodzieży oraz kierownik organu Rządu Rzeczypospolitej Polskiej

właściwy dla spraw młodzieży lub ich zastępcy. Są oni uprawnieni do głosowania na równi z pozostałymi członkami Rady.

#### Artykuł 6

(1) Rada odbywa posiedzenia co najmniej jeden raz w roku, na przemian na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej. Z reguły Rada obraduje w siedzibie Organizacji.

(2) Rada może podejmować uchwały, gdy w jej posiedzeniu uczestniczy co najmniej dwie trzecie członków lub zastępców członków. Zastępcy członków uczestniczą w posiedzeniach jedynie w przypadku nieobecności odpowiednich członków Rady.

(3) Rada podejmuje uchwały z reguły na zasadzie consensusu. Jednakże na wniosek każdego członka Rady może być przeprowadzone głosowanie. W takim przypadku Rada podejmuje decyzje większością dwóch trzecich głosów obecnych członków. W odniesieniu do uchwał powodujących zobowiązania finansowe wymagana jest zgoda co najmniej dwóch trzecich obecnych członków Rady z każdej ze Stron.

(4) Rada uchwała swój Regulamin.

#### Artykuł 7

Rada działa w celu realizacji zadań wymienionych w artykule 2 niniejszej Umowy. Do jej właściwości i zadań należy w szczególności:

- uchwalanie rocznego programu działalności Organizacji,
- określanie kierunków realizacji programu łącznie z wytycznymi dla programów promowanych,
- uchwalanie rocznego budżetu,
- zatwierdzanie rocznego sprawozdania Zarządu,
- udzielanie absolutorium obu Dyrektorom Zarządzającym z realizacji budżetu, po rozpatrzeniu sprawozdania z rewizji finansowej i stanowiska obu Dyrektorów Zarządzających.

#### Artykuł 8

(1) Zarząd Organizacji składa się z Pierwszego Dyrektora Zarządzającego i Drugiego Dyrektora Zarządzającego. Oaj Dyrektorzy Zarządzający muszą posiadać obywatelstwo niemieckie albo polskie, lecz nie mogą być obywatelami tego samego państwa. Obaj będą mianowani w porozumieniu przez oba Rządy po wystuchaniu Rady. Czas trwania kadencji wynosi pięć lat. Jeżeli jeden z Dyrektorów przestaje sprawować swoją funkcję

przed upływem kadencji, to na pozostałą część jest powoływany następca.

(2) Po zakończeniu kadencji Pierwszego Dyrektora Zarządzającego, następcą zostaje mianowany obywatel drugiego państwa. Ta sama zasada ma zastosowanie do Drugiego Dyrektora Zarządzającego.

(3) Obaj Dyrektorzy Zarządzający reprezentują Organizację w zasadzie łącznie. Rada ustali przypadki, w których Dyrektorzy zarządzający reprezentują Organizację samodzielnie.

(4) Obaj Dyrektorzy Zarządzający są odpowiedzialni za bieżącą działalność Organizacji. Przygotowują oni posiedzenia Rady, składają jej sprawozdania, przedkładają projekt budżetu, realizują uchwały Rady oraz kontrolują wykorzystanie środków przyznanych podmiotom publicznym i prywatnym. Pierwszy i Drugi Dyrektor Zarządzający utrzymują stały kontakt z przewodniczącymi Rady.

(5) W przypadku, gdy jeden z Dyrektorów Zarządzających nie może pełnić swojej funkcji, Organizację reprezentuje drugi Dyrektor Zarządzający.

(6) Pierwszy i Drugi Dyrektor Zarządzający biorą udział w posiedzeniach Rady z głosem doradczym.

#### Artykuł 9

(1) Pierwszy i Drugi Dyrektor Zarządzający zatrudniają wspólnie personel Organizacji. Będą oni troszczyć się o to, aby ilość pracowników niemieckich i polskich w obu siedzibach była równoważna.

(2) Pierwszy i Drugi Dyrektor Zarządzający są przełożonymi personelu.

(3) Prawa i obowiązki personelu zostaną określone w Statucie Personelu przytętym w porozumieniu przez oba Rządy.

(4) Personel niemiecki lub polski, zatrudniony w siedzibie Organizacji w drugim państwie otrzymuje zezwolenie na pobyt w tym państwie. To samo dotyczy rodzin personelu (współmałżonkowie, dzieci).

(5) Personel niemiecki lub polski, zatrudniony w siedzibie Organizacji w drugim państwie otrzymuje zezwolenie na pracę w tym państwie.

(6) Ustępy 4 i 5 mają zastosowanie również do obu Dyrektorów Zarządzających.

### Artykuł 10

Do Organizacji mają zastosowanie w Republice Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej następujące postanowienia Konwencji o przywilejach i immunitetach organizacji wyspecjalizowanych Narodów Zjednoczonych z dnia 21 listopada 1947 roku:

- a) Artykuł III § 7 dotyczący nieograniczonego posiadania i transferu środków finansowych oraz swobodnej wymiany dewiz;
- b) Artykuł III § 9 dotyczący zwolnienia z podatków i opłat celnych oraz zwolnienia z zakazów i ograniczeń wwozowych i wywozowych.

### Artykuł 11

(1) Organizacja dysponuje jednym funduszem. Będzie on zasilany corocznie stosownie do przepisów budżetowych obowiązujących w danym państwie, w równych częściach środkami z Republiki Federalnej Niemiec i Rzeczypospolitej Polskiej koniecznymi dla działalności Organizacji po rozpatrzeniu przez oba Rządy budżetu uchwalonego przez Radę. Do funduszu wpływać będą ponadto wpłaty przekazywane przez strony trzecie, w szczególności dotacje prywatne oraz opłaty za wykonane świadczenia Organizacji.

(2) Organizacja pokrywa z tego funduszu wszystkie wydatki powstałe w wyniku realizacji jej zadań oraz niezbędnych kosztów utrzymania personelu i administracji.

(3) Wydatki Organizacji będą pokrywane z uwzględnieniem zasady gospodarności i oszczędności. Wydatki na personel i administrację należy ograniczyć do minimum.

(4) Oba rządy ustalą wspólnie przepisy finansowe.

(5) Wykorzystanie środków podlega kontroli przez rewidentów księgowych, którzy zostaną ustanowieni przez Radę na wniosek polskiego i niemieckiego organu kontroli finansowej.

(6) Rewidenci księgowi będą przedkładać corocznie wspólne sprawozdanie. Zostanie ono opatrzone wspólnym stanowiskiem Dyrektorów Zarządzających i przedłożone Radzie.

### Artykuł 12

Tracą moc artykuł 4, 5 i 6 ustęp 2 Umowy między Rządem Republiki Federalnej Niemiec a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o wymianie młodzieży z dnia 10 listopada 1989 roku. Traci również moc wymiana not między Federalnym Ministrem Spraw Zagranicznych Republiki Federalnej Niemiec i Ministrem Spraw Zagranicznych Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej z dnia

10 listopada 1989 roku stanowiąca integralną część wymienionej Umowy.

### **Artykuł 13**

Niniejsza Umowa wchodzi w życie, gdy oba Rządy powiadomią się wzajemnie w drodze notyfikacji o spełnieniu odnośnych wymogów wewnętrznych dla wejścia Umowy w życie. Za dzień wejścia Umowy w życie będzie uważany dzień otrzymania noty późniejszej.

### **Artykuł 14**

Niniejsza Umowa jest zawarta na czas nieokreślony. Każda z Umawiających się Stron może wypowiedzieć ją w drodze notyfikacji. W takim przypadku Umowa utraci moc po upływie sześciu miesięcy od dnia wypowiedzenia.

Sporządzono w Bonn, dnia 17 czerwca 1991 roku, w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu  
Republiki Federalnej Niemiec:  
HANS-DIETRICH GENSCHER  
ANGELA MERKEL

Z upoważnienia Rządu  
Rzeczypospolitej Polskiej:  
KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI  
ANNA POPOWICZ

---

## [TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE GERMAN-POLISH YOUTH ORGANIZATION

The Government of the Federal Republic of Germany and  
The Government of the Republic of Poland,

On the basis of the Agreement of 10 November 1989 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of Poland concerning Youth Exchange,

In implementation of the Treaty of 17 June 1991 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland on Good-Neighbourly Relations and Friendly Cooperation,<sup>2</sup>

Have agreed as follows:

*Article 1*

1. The two Governments establish the "German-Polish Youth Organization", hereinafter called the "Youth Organization".
2. The Youth Organization shall have the legal standing of an international organization. It pursues no profit-making purpose.
3. The Youth Organization shall have its headquarters in the Federal Republic of Germany and in the Republic of Poland. The establishment of locations shall be settled by a separate agreement to be concluded by an exchange of notes.

*Article 2*

1. The Youth Organization has the task of promoting mutual knowledge, mutual understanding and close cooperation between the youth of Germany and Poland in every manner. To fulfil this task, it shall promote meetings and exchanges of youth and support them by providing funding as well as through information and consultation. In so doing, the Youth Organization shall pursue the goals of the Agreement of 10 November 1989 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of Poland concerning Youth Exchange. It shall promote all types and forms of meeting and exchange as well as specialist cooperation in accordance with article 3 of said Agreement.
2. The Youth Organization shall support private and public organizers of youth encounters, extra-curricular youth exchanges and student exchanges.
3. The Youth Organization may itself implement measures if the intended purpose cannot be achieved through private and public organizers.

<sup>1</sup> Came into force on 21 September 1992, the date of receipt of the last of the notifications by which the Parties informed each other of the completion of the internal requirements, in accordance with article 13.

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 1708, No. 1-29544.

4. The Youth Organization may assume the implementation of measures that are proposed to it by public or private agencies if the measures are in accordance with its mission and are of common interest, and the proposing agency guarantees financing.

5. The Youth Organization may also promote programmes in which youth from third States participate. It may cooperate with other European youth encounter and youth exchange organizations and institutions.

#### *Article 3*

The organs of the Youth Organization shall be the Council and the Executive Board.

#### *Article 4*

1. The Council shall be the supreme organ of the Youth Organization. It shall consist of two coequal chairpersons and 11 German and 11 Polish representatives of State and local agencies and of the organizations and institutions that participate in or are interested in youth encounter, extra-curricular youth exchange and student exchange. Six representatives from each side shall be appointed from the non-State and non-local sector.

2. The German members of the Council shall be appointed by the Government of the Federal Republic of Germany; the Polish members shall be appointed by the Government of the Republic of Poland. An alternate shall be appointed for each member.

3. The term of office of the members of the Council and their alternates shall be three years. If a member or alternate leaves before the completion of his or her term of office, a successor shall be appointed for the remainder of the term of office.

4. The members of the Council or their alternates shall receive reimbursement for travel costs (travel and living expenses) and for expenses incurred by them in carrying out of instructions of the Council.

#### *Article 5*

The Council shall be under the joint chairmanship of the competent federal minister of the Federal Republic of Germany for youth affairs and the competent director of the corresponding government agency of the Republic of Poland for youth affairs or their representatives. They have the same right to vote as the other members.

#### *Article 6*

1. The Council shall meet at least once annually, alternately in the Federal Republic of Germany and in the Republic of Poland. As a rule, the Council shall meet at the headquarters of the Youth Organization.

2. Two thirds of the members or alternates of the Council shall constitute a quorum. Alternates shall participate only in the event of the absence of the corresponding members of the Council.

3. The Council shall, as a rule, take decisions by consensus. Any member of the Council may, however, call for a vote. The Council shall then take a decision by a two-thirds majority of the members present. In the case of decisions having finan-

cial implications, a two-thirds majority of the members of the Council present from each Party shall be required.

4. The Council shall establish its own rules of procedure.

#### *Article 7*

The Council shall act so as to carry out the functions outlined in article 2. Among its responsibilities and tasks are, in particular,

- The adoption of the annual programme of the Youth Organization,
- The adoption of guidelines for the implementation of the programme, including guidelines for promotion,
- The adoption of the annual budget,
- The approval of the annual report of the Executive Board,
- Approval of the implementation of the budget by the Executive Directors after reviewing the accounting report and the comments of both Executive Directors.

#### *Article 8*

1. The Executive Board consists of the First Executive Director and the Second Executive Director. The Executive Directors must be German or Polish citizens, but both may not have the same citizenship. Both shall be appointed by agreement of the two Governments on the advice of the Council. The term of office shall be five years. If an Executive Director leaves before the completion of his or her term of office, a successor shall be appointed for the remainder of the term of office.

2. After completion of the term of office of the First Executive Director, a member of the other State shall be appointed as successor. The same applies to the Second Executive Director.

3. As a matter of principle, both Executive Directors together shall represent the Youth Organization. The cases in which one of the two Executive Directors alone represents the Youth Organization shall be determined by the Council.

4. Both Executive Directors shall be responsible for the normal activities of the Youth Organization. They shall prepare the meetings of the Council, report to it, present it with a draft of the budget, implement the resolutions of the Council, and review the use of resources provided by public and private organizers. The First and Second Executive Directors shall maintain constant contact with both Council chairpersons.

5. Should one of the two Executive Directors be indisposed, the Youth Organization shall be represented by the other Executive Director.

6. The First and Second Executive Directors shall participate in the meetings of the Council in an advisory capacity.

#### *Article 9*

1. The First and Second Executive Directors together shall appoint the staff of the Youth Organization. They shall see to it that Germans and Poles are employed at both locations of the headquarters in equal proportions.

2. The First and Second Executive Directors shall be the superiors of the staff.



3. The rights and duties of the staff shall be determined by the Staff Statute that shall be established by agreement of the two Governments.

4. The German or the Polish staff of the Youth Organization who are employed at the seat of the Youth Organization in the other Party shall be granted a residence permit in that State. This also applies to the family members of staff (spouses, children).

5. The German or the Polish staff of the Youth Organization who are employed at the seat of the Youth Organization in the other Party shall be granted a work permit in that State.

6. Paragraphs 4 and 5 also apply to both Executive Directors.

#### *Article 10*

In the Federal Republic of Germany and in the Republic of Poland, the following provisions of the Convention on the Privileges and Immunities of the Specialized Agencies of the United Nations of 21 November 1947<sup>1</sup> shall apply to the Youth Organization:

(a) Article III, section 7, concerning the unrestricted possession and transfer of financial assets and the unrestricted right to convert currencies;

(b) Article III, section 9, concerning exemption from taxes, customs duties and prohibitions and restrictions on imports and exports.

#### *Article 11*

1. The Youth Organization shall have a fund at its disposal. It shall be provided annually with the means necessary for the operation of the Youth Organization equally from the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland in accordance with the budget requirements applicable in each State after both Governments have reviewed the budget prepared by the Council. Moreover, payments made by third parties, particularly private donations and compensation for services rendered by the Youth Organization, shall go to the fund.

2. The Youth Organization shall pay from this fund all expenditures that are incurred by it in carrying out its tasks and that are necessary for the payment of costs for its personnel and its administration.

3. Expenditures of the Youth Organization shall be made according to the principles of economy and thrift. Expenditures for personnel and administration shall be kept to a minimum.

4. Both Governments shall establish financial regulations by agreement.

5. Supervision of the use of finances shall be carried out by auditors who shall be appointed on nomination by the German Federal Auditing Office and by the Polish financial supervision agency.

6. The auditors shall annually submit a common report. The report shall be accompanied by a joint statement by the Executive Directors and shall be submitted to the Council.

<sup>1</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 33, p. 261. For the final and revised texts of annexes published subsequently, see vol. 71, p. 318; vol. 79, p. 326; vol. 117, p. 386; vol. 275, p. 298; vol. 314, p. 308; vol. 323, p. 364; vol. 327, p. 326; vol. 371, p. 266; vol. 423, p. 284; vol. 559, p. 348; vol. 645, p. 340; vol. 1057, p. 320; vol. 1060, p. 337, and vol. 1482, p. 244.

*Article 12*

Article 4, article 5 and article 6, paragraph 2, of the Agreement of 10 November 1989 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of Poland concerning Youth Exchange are hereby abrogated. The Exchange of Notes of 10 November 1989 between the Federal Minister for Foreign Affairs of the Federal Republic of Germany and the Minister for Foreign Affairs of the People's Republic of Poland, which is an integral part of that Agreement, is likewise abrogated.

*Article 13*

This Agreement shall enter into force as soon as the two Governments have notified one another that the respective domestic requirements for the entry into force of the Agreement have been fulfilled. The date of receipt of the final notification shall be considered the date of entry into force of the Agreement.

*Article 14*

This Agreement is concluded for an indefinite period. Each Contracting Party may denounce it by giving notification thereof. In that case, it shall cease to be in force six months after the date of its denunciation.

DONE at Bonn on 17 June 1991 in two originals, in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government  
of the Federal Republic of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER  
ANGELA MERKEL

For the Government  
of the Republic of Poland:

KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI  
ANNA POPOWICZ

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE  
FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À L'ORGANISME GER-  
MANO-POLONAIS POUR LA JEUNESSE

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et  
Le Gouvernement de la République de Pologne,

Considérant l'Accord du 10 novembre 1989 sur les échanges de jeunes entre le  
Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la  
République populaire de Pologne,

Conformément au Traité de bon voisinage et de coopération amicale entre la  
République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne du 17 juin 1991<sup>2</sup>,

Sont convenus de ce qui suit :

*Article premier*

1. Les deux Gouvernements créent l'« organisme germano-polonais pour la jeunesse », ci-après dénommé l'« organisme ».
2. L'organisme est doté de la personnalité juridique d'une organisation internationale; ses buts sont non lucratifs.
3. L'organisme a son siège en République fédérale d'Allemagne et en République de Pologne. La détermination des lieux du siège fera l'objet d'un arrangement particulier par échange de notes.

*Article 2*

1. L'organisme a pour mission de favoriser la connaissance et la compréhension mutuelles ainsi que la coopération étroite de la jeunesse allemande et de la jeunesse polonaise sous toutes les formes. A ces fins, il stimule les rencontres, les échanges de jeunes et les appuie en fournissant des moyens ainsi que des informations et des conseils. Ce faisant, l'organisme poursuit les objectifs de l'Accord du 10 novembre 1989 sur les échanges de jeunes entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne. Il encourage les rencontres et les échanges sous toutes leurs formes, ainsi que la coopération spécialisée conformément aux dispositions de l'article 3 de cet accord.
2. L'organisme appuie les services privés et publics de rencontres de jeunes, d'échanges extrascolaires de jeunes et d'échanges d'élèves.
3. L'organisme peut prendre lui-même des mesures si le but recherché ne peut pas être atteint par des services privés ou publics.
4. L'organisme peut se charger de prendre les mesures qui lui sont proposées par des services publics ou privés si elles sont conformes à sa mission et dans

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 21 septembre 1992, date de réception de la dernière des notifications par lesquelles les Parties se sont informées de l'accomplissement des formalités internes requises, conformément à l'article 13.

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1708, n° I-29544.

l'intérêt général et que les services qui les proposent fournissent les financements nécessaires.

5. L'organisme peut aussi promouvoir des programmes auxquels participent des jeunes d'Etats tiers. Il peut coopérer avec d'autres organisations et institutions européennes de rencontres et d'échanges de jeunes.

#### *Article 3*

L'organisme a pour organes le Conseil et la Direction.

#### *Article 4*

1. Le Conseil est l'organe suprême de l'organisme. Il est composé des deux présidents, qui disposent de l'égalité de voix, ainsi que de 11 représentants allemands et de 11 représentants polonais des services de l'administration centrale ou communale ainsi que des organisations et institutions qui participent aux rencontres de jeunes, aux échanges extrascolaires de jeunes et aux échanges d'élèves, ou s'y intéressent. Six représentants désignés par chaque Etat contractant viennent des secteurs autres que l'administration centrale ou communale.

2. Les membres du Conseil qui représentent l'Allemagne sont désignés par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et les membres qui représentent la Pologne le sont par le Gouvernement de la République de Pologne. Un suppléant est désigné pour chaque représentant.

3. Les membres du Conseil et leurs suppléants sont nommés pour trois ans. Si un membre ou un suppléant quitte ses fonctions avant la fin de son mandat, un successeur est désigné pour le reste de la période.

4. Les membres du Conseil ou leur suppléant obtiennent le remboursement de leurs frais de voyage (frais de transport et de séjour) ainsi que des dépenses qu'ils encourent en raison de leurs fonctions au Conseil.

#### *Article 5*

Le Conseil est présidé conjointement par le Ministre chargé des questions intéressant la jeunesse en République fédérale d'Allemagne et son homologue en République de Pologne, ou leurs représentants, qui ont une voix égale à celles des autres membres.

#### *Article 6*

1. Le Conseil se réunit au moins une fois par an, alternativement en République fédérale d'Allemagne et en République de Pologne. En règle générale, le Conseil se réunit au siège de l'organisme.

2. Le quorum est des deux tiers des membres du Conseil ou de leurs suppléants. Les suppléants ne siègent au Conseil que si le représentant qu'ils remplacent est empêché.

3. Le Conseil prend ses décisions en règle générale par consensus. Tout membre du Conseil peut cependant demander qu'elles soient prises à l'issue d'un vote. Le Conseil se prononce alors à la majorité des deux tiers des membres présents. Une majorité des deux tiers des membres présents représentant chaque Etat est nécessaire pour les décisions d'ordre financier.

4. Le Conseil adopte un ordre du jour.

#### Article 7

Le Conseil s'emploie à remplir la mission qui lui est confiée à l'article 2 du présent Accord. En particulier, relèvent de sa compétence et de ses fonctions :

- L'adoption du programme annuel de l'organisme;
- L'adoption des lignes directrices pour l'exécution du programme, y compris des lignes directrices qui concernent la promotion;
- L'adoption du budget annuel;
- L'approbation du rapport annuel d'activités;
- Après examen du rapport des vérificateurs aux comptes et du rapport des deux directeurs, le quitus de l'exécution du budget à donner à ceux-ci.

#### Article 8

1. La direction est assurée par le premier directeur et le deuxième directeur. Les directeurs doivent avoir la nationalité allemande ou polonaise mais ne peuvent avoir tous deux la même nationalité. Tous deux sont nommés d'un commun accord par les deux Gouvernements, après avis du Conseil. La durée de leur mandat est de cinq ans. Si un directeur quitte ses fonctions avant l'expiration de son mandat, un successeur est désigné pour le reste de la période.

2. Lorsque le premier directeur arrive à la fin de son mandat, un successeur est désigné parmi les ressortissants de l'autre Etat. Il en est de même pour le deuxième directeur.

3. En principe, les deux directeurs représentent l'organisme conjointement. Les cas où chacun des directeurs représente seul l'organisme sont définis par le Conseil.

4. Les deux directeurs sont responsables des affaires courantes de l'organisme. Ils préparent les sessions du Conseil, lui font rapport, lui présentent le projet de budget, exécutent ses décisions et surveillent l'utilisation des moyens mis à la disposition des services publics et privés. Les deux directeurs sont en relations permanentes avec les deux présidents du Conseil.

5. Si l'un des directeurs est empêché, l'organisme est représenté par l'autre directeur.

6. Les deux directeurs participent aux séances du Conseil avec voix consultative.

#### Article 9

1. Les deux directeurs recrutent ensemble le personnel de l'organisme. Ils veillent à ce que la proportion de Polonais et d'Allemands employés par l'organisme soit équilibrée dans les deux lieux du siège.

2. Les deux directeurs sont les supérieurs hiérarchiques du personnel.

3. Les droits et obligations du personnel sont définis par le statut du personnel qui est arrêté d'un commun accord par les deux Gouvernements.

4. Le personnel allemand au siège de l'organisme en Pologne obtient l'autorisation de séjourner dans ce pays et il en est de même pour le personnel polonais au siège de l'organisme en Allemagne. Il en est de même aussi pour les personnes faisant partie de la famille des membres du personnel (conjoint, enfants).

5. Le personnel allemand en Pologne et le personnel polonais en Allemagne reçoivent des permis de travail dans le pays d'accueil.

6. Les dispositions des paragraphes 4 et 5 du présent article s'appliquent aussi aux deux directeurs.

#### *Article 10*

Les dispositions ci-après de l'Accord du 21 novembre 1947 relatif aux privilèges et immunités des institutions spécialisées de l'Organisation des Nations Unies<sup>1</sup> s'appliquent à l'organisme :

a) Le paragraphe 7 de l'article III relatif à la détention et au transfert illimités de moyens financiers et au droit illimité de changer des devises;

b) Le paragraphe 9 de l'article III relatif aux exonérations d'impôts et de droits de douane ainsi qu'à l'absence d'interdictions et de limitations d'importation et d'exportation.

#### *Article 11*

1. Un fonds est à la disposition de l'organisme. Conformément à la législation budgétaire en vigueur dans chaque Etat, les ressources nécessaires sont attribuées chaque année pour les activités de l'organisme à parts égales par la République fédérale d'Allemagne et par la République de Pologne après examen, par les deux Gouvernements, du budget établi par le Conseil. Le fonds est alimenté en outre par des paiements de tierce origine, en particulier des contributions privées et la rémunération des services fournis par l'organisme.

2. L'organisme règle sur ce fonds les dépenses qu'il encourt dans l'exercice de ses fonctions ainsi que les coûts de son personnel et de son administration.

3. Les dépenses de l'organisme doivent respecter les principes d'économie et de rentabilité. Les coûts de personnel et d'administration doivent être aussi faibles que possible.

4. Les deux Gouvernements définissent un règlement financier d'un commun accord.

5. La gestion financière est vérifiée par des vérificateurs désignés par le Conseil sur proposition de la Cour des comptes de la République fédérale d'Allemagne et des services de contrôle financier de la République de Pologne.

6. Les vérificateurs déposent chaque année un rapport conjoint. Ce rapport, sur lequel les deux directeurs indiquent leur position commune, est soumis au Conseil.

#### *Article 12*

Les articles 4 et 5 et le paragraphe 2 de l'article 6 de l'Accord du 10 novembre 1989 sur les échanges de jeunes entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République populaire de Pologne sont abrogés. Il en est de même de l'échange de notes du 10 novembre 1989 entre le Ministre fédéral des affaires étrangères de la République fédérale d'Allemagne et le Ministre

<sup>1</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 33, p. 261. Pour les textes finals et révisés des annexes publiées ultérieurement, voir vol. 71, p. 319; vol. 79, p. 326; vol. 117, p. 386; vol. 275, p. 299; vol. 314, p. 309; vol. 323, p. 365; vol. 327; vol. 371; p. 267; vol. 423, p. 285; vol. 559, p. 349; vol. 645, p. 341; vol. 1057, p. 322, vol. 1060, p. 337, et vol. 1482, p. 244.

des affaires étrangères de la République de Pologne, qui fait partie intégrante de cet accord.

*Article 13*

Le présent Accord entrera en vigueur dès que les deux Gouvernements se seront notifié que sont remplies les conditions auxquelles leur droit interne subordonne son entrée en vigueur. La date d'entrée en vigueur sera celle de la réception de la dernière de ces notifications.

*Article 14*

Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Chaque Partie contractante peut le dénoncer par notification adressée à l'autre. Le présent Accord cesse alors de s'appliquer six mois après la date de dénonciation.

FAIT à Bonn, le 17 juin 1991, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement  
de la République fédérale d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

ANGELA MERKEL

Pour le Gouvernement  
de la République de Pologne :

KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI

ANNA POPOWICZ

---

